

Beiträge zu aktuellen Themen aus den verschiedenen Anlageberichten

Der Inhalt dieser Beiträge dient nur der Informaôon und als Diskussionsgrundlage. Die Informaôonen beruhen auf Quellen, die wir für zuverlässig halten. Eine Gewähr für die Richôgkeit des Inhaltes und vollständige Darstellung aller wesentlichen Gesichtspunkte kann jedoch nicht übernommen werden. Bei Nachdruck – auch auszugsweise – biôen wir um Quellenangaben: Benelli Consulông – www.benelli-consulông.ch

Contents 2025

IV Quartal 2025

Wirtschaft: Trump und die Wertvernichtung

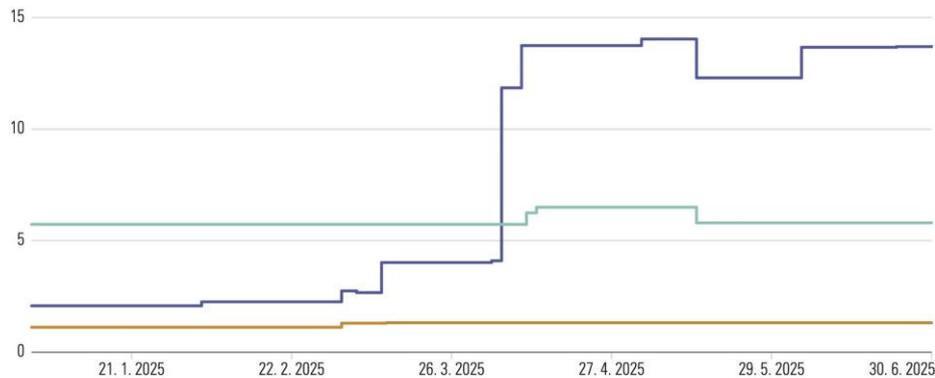
Die neue amerikanische Regierung hat verschiedene Dinge versprochen. Einerseits Steuerreduktionen, geringere Staatsausgaben und Deregulierung. Diese Maßnahmen sollten langfristig das Wachstum fördern. Andererseits setzt sie sich jedoch auch für Remigration ein und hat protektionistische Zölle eingeführt. Diese Massnahmen werden das Wachstum hemmen. Immigranten sind billige Arbeitskräfte für die USA und Zölle wirken wie Steuern: Sie heizen die Inflation an, schaffen Unsicherheit und hemmen das Wirtschaftswachstum.

Die Zollpolitik von Donald Trump destabilisiert den Welthandel und sorgt für Unsicherheit an den Finanzmärkten. Ein zentraler Ansatzpunkt ist der sogenannte Mar-a-Lago-Accord, der eine Reform des globalen Handelssystems vorsieht. Die Strategie umfasst höhere Zölle, einen Staatsfonds zur Abwertung des Dollars sowie eine Umstrukturierung der US-Staatsanleihen. Besonders umstritten ist der Vorschlag, die Gläubigerländer zur Finanzierung des US-Defizits zu bewegen. Das Konzept ist wirtschaftlich umstritten, führt zu keiner nachhaltigen wirtschaftlichen Verbesserung und verursacht negative Folgen für die Inflation und die internationalen Beziehungen. Während sich Trumps Politik an einigen Elementen des Plans orientiert, bleibt unklar, ob der „Mar-a-Lago Accord“ vollständig umgesetzt wird.

Die USA sind jetzt protektionistischer als China

Gegenüber dem Rest der Welt im Durchschnitt tatsächlich angewandte Zollsätze, in Prozent

USA China Kanada



QUELLE: WTO TARIFF & TRADE DATA

NZZ / pfi.

Staatsinterventionen gegen die freie Marktwirtschaft

Staatsinterventionen, Preiskontrollen und Protektionismus gehören eigentlich nicht zu den traditionellen Werten der Republikanischen Partei. Genau das will Donald Trump jedoch durchsetzen: Er führt rekordhohe Zölle ein, erhöht die Staatsverschuldung und setzt die Zentralbank unter Druck, damit sie die Zinsen senkt. Er knöpft Intel einen Anteil von zehn Prozent am Aktienkapital ab, zieht von Nvidia 15 Prozent aller Erlöse aus Exporten nach China ein und will sogar Coca-Cola vorschreiben, seine Getränke mit Rohrzucker statt mit Maissirup zu süssen.

Aus wirtschaftlichen Gründen haben sich viele amerikanische Firmen freiwillig dafür entschieden, im Ausland zu produzieren. Diese Entscheidung ist für die Unternehmen effizient und für die Konsumenten günstiger. Werden inländische und ausländische Unternehmen in den USA eingeschränkt/behindert, steht für den privaten Konsum ein geringeres Warenangebot zur Verfügung. In der Folge werden die Preise steigen und die Qualität der Produkte wird sinken. Die Amerikaner kaufen nicht aus Spass und mangelnder Vaterlandsliebe im Ausland ein. Sie importieren regelmässig Waren, die besser sind als einheimische Produkte.

Diese freien Marktentscheidungen will Trump mit seiner Wirtschaftspolitik ändern. Er ist der Meinung, dass die einheimische Industrie durch zweistellige Zollsätze geschützt werden muss. Mithilfe protektionistischer Massnahmen will er Unternehmen dazu zwingen, direkt in den USA zu produzieren, und Konsumenten dazu bringen, amerikanische Produkte zu kaufen. Das ist staatlicher Dirigismus gegen die freie Marktwirtschaft. Das grösste Problem ist Donald Trump selbst, der per Dekret, ohne klare Regelungen, nicht immer wirtschaftlich effizient entscheidet. Denn kein Politiker weiss besser als der Markt, wo und wie Geld am besten investiert wird. Zölle verzerren die Mechanismen der freien Märkte, da sie meistens von den Konsumenten im importierenden Land bezahlt werden – wie eine Steuer an die Staatskasse.

US-Zollpolitik und ihre Folgen

Die Wette auf eine umfassende Reindustrialisierung und neue wirtschaftliche Stärke dürfte für die USA kaum im gewünschten Ausmaß aufgehen. Die Vereinigten Staaten sind kein unterbeschäftigtes Schwellenland, und Produktionsverlagerungen sind kostspielig und brauchen Zeit. Mittelfristig wird die neue Handelspolitik von Präsident Trump die Kaufkraft der Konsumenten verringern und die Wettbewerbsfähigkeit der US-Wirtschaft schwächen. Der Grund: geringerer Konkurrenzdruck und eingeschränkte Möglichkeiten zur Spezialisierung. Bis diese Effekte spürbar werden, wird allerdings Zeit vergehen, da der amerikanische Binnenmarkt groß ist und Importe lediglich rund sieben Prozent der Wirtschaftsleistung ausmachen.

Kurzfristig inszenieren sich Trump und seine Anhänger als erfolgreiche Politiker, die vermeintliche Ungerechtigkeiten beseitigen. Doch Zölle sind als politisches Instrument wenig geeignet. Bereits während der Großen Depression zeigte sich, dass die Erpressung hoher Zugeständnisse durch Strafzölle nicht funktioniert, sondern Verbündete dazu bewegt, sich verlässliche Partner zu suchen. Auch diesmal droht die Folge eine Schwächung der internationalen Stellung des Dollars. Langfristig wird die wachsende Entfremdung zwischen den USA und dem Rest der Welt allen Beteiligten schaden. Am Ende wird die wirtschaftliche Realität über die Zollpolitik entscheiden.

[Aktuellen Detailbericht anschauen](#)